



KOMMENTAR

Von Wilhelm Schmülling

Abwrackprämie für alte Autos, für Banken und für das kapitalistische Geldsystem



Als einzige Maßnahme zur Förderung der Konjunktur die sofort wirkt, wurde die Abwrackprämie für alte Autos bejubelt. Die Anträge dazu waren zahlreicher als erwartet. Schon bald reichte die vorgesehene Summe von 1,5 Mrd. Euro nicht aus, so dass sowohl der Antragszeitraum bis zum Ende des Jahres verlängert als auch die zur Verfügung stehende Summe auf 5,0 Mrd. Euro erhöht wurde.

Erst nachdem die Auswirkungen bei den Schrott- und Autohändlern bekannt wurden, meldeten sich vermehrt die Kritiker. Das sei ein Eingriff in die Marktwirtschaft. Die Auto-Branche würde bevorzugt, die Kaufkraft fehle in anderen Branchen, z.B. in der Möbelindustrie. Und außerdem seien es nur bestimmte Automarken, die einen höheren Absatz meldeten, während teurere Marken, wie z.B. Mercedes, Absatzrückgänge meldeten. So verschwinden mit der Abwrackprämie die Grundsätze der Marktwirtschaft in den Schubladen der Bürokratie. Der Staat greift ein. Wenn Arbeitsplätze gerettet werden sollen, regiert ungeniert der Partei-Egoismus. Vor der Bundestagswahl will man einen Anstieg der Arbeitslosenzahlen vermeiden. Das versteht doch jeder. Aber wird das Ziel erreicht? Wird die Arbeitslosigkeit schnell überwunden? Das glaubt kaum jemand.

Inzwischen greift eine Art Abwrackprämie auf die notleidende Hypo Real Estate über, einer Bank, die ausgegebene Pfandbriefe mit Grundstücken und Immobilien absichern wollte. Zusätzlich griff sie zu toxischen Papieren, mit denen sie über das langweilige Hypothekengeschäft hinaus Renditen erwartete, die wie toxische Hanfprodukte bei Süchtigen wirkten: seliger Rausch mit immer höherer Dosis bis hin zum Tod. Rauschgift ist nicht nur bei Menschen todsicher, auch bei Banken, die einen 25%-Rendite-Rausch anpeilen. So wie man nur selten ein menschliches Rauschgiftwrack mit Anti-Rauschgiftstoffen von der Sucht befreien kann, so kann man die Rendite-Sucht der Banken mit staatlichen Zuschüssen nicht überwinden. Insolventen Banken will man nun bei einer Insolvenzverschleppung helfen, indem man rät, die Giftpapiere nicht abzuschreiben – was legal wäre –, sondern sie auf eine „Bad-Bank“ zu übertragen. Siehe da! Jetzt hat man zwei „bad“ = schlechte Banken. Die erste arbeitet illegal, die zweite ebenso, es sei denn, die Regierung macht flugs ein neues Gesetz. Wenn sie sich damit mal nicht mit dem Bundesverfassungsgericht anlegt.

Wenn nun aber jede Bank diesen Pleite-Umgehungstrick anwendet und die Regierung für die „Bad-Banken“ garantiert, dann ist die Regierung selbst

„bad“, was kaum jemand noch bezweifelt. Schlimmer noch: Es wird offenbar, dass sie selbst schon pleite ist. Schon fällt es immer schwerer, die nötigen 800 Mrd. auf dem Kapitalmarkt aufzunehmen, die schätzungsweise insgesamt zur Abwendung der Finanzkrise nötig sind. Lassen wir doch die Verantwortlichen die jetzige Krise mit den gleichen Mitteln bekämpfen, mit denen sie erzeugt wurde, nämlich mit den exponentiell angewachsenen Geldvermögen. Dann ist das Vermögen bald futsch und die Regierung bald auch.

Ein solches Bad-System mit immer neuem Nachschub an Geld zu retten, bedeutet nur ein langsames Siechtum. In dieser Zeit besteht „die Gefahr, dass alles beim Alten bleibt“, wie es Beatrice Weder di Mauro, Mitglied des Sachverständigenrats der Bundesregierung, ausdrückt. Sie fordert „eine umfassende Reform des IWF“ (DIE WELT, 30.3.2009). Das allerdings liefe nur auf eine bessere Kontrolle und Leitung der Finanzinstitute hinaus. Doch eine kontrollierte Sucht darf nicht das Ziel sein, sondern ein – wenn auch mit einer kostenträchtigen Abwrackprämie – erreichter Übergang zu einem marktwirtschaftlichen System ohne kapitalistische Dominanz. Das alte System abwracken sei die Devise. Wer etwas anderes will, lege sein Geld in einer Bad-Bank an! ■